

Ängste bei der Osterweiterung

VON KLAUS J. BADE

Es wird ernst mit der Osterweiterung der Europäischen Union. Statt bislang zehn wird es in der EU dann bald 21 Amtssprachen geben. Sie werden sich in den Brüsseler Dolmetscherkabinen ungleich öfter begegnen als in Gestalt von alten und neuen EU-Bürgern im größer gewordenen „europäischen Haus“. In den westlichen „Anrainerstaaten“ des östlichen Erweiterungsraums wird aber auch mit einer Zunahme von Ost-West-Wanderungen zu rechnen sein. Das macht vielen Angst. Die anfangs verhalten positive Haltung zur EU-Erweiterung bröseln. Die Angst vor neuen Völkerwanderungen aus dem Osten aber ist so alt wie die Geschichte der Ost-West-Wanderungen selbst: Der deutschsprachige Raum war dabei weniger Aufnahme- als Drehscheibe und Transitraum, was im Zeitalter des Kalten Krieges in Vergessenheit geriet. Erst nach dessen Ende erkannten viele, dass der Eiserne Vorhang auch ein Limes gegen die Ost-West-Wanderung gewesen war und sehnten sich vielleicht sogar im Stillen in dessen düsteren „Schutz“ zurück. Anstelle der als Mauer auch durch Deutschland selbst führenden und schließlich sogar mit Minenfeldern und Selbstschussanlagen armierten Grenze ist an den Ostgrenzen der Europäischen Union ein EDV-armierter neuer Limes entstanden, der weiter nach Osten vorrücken wird.

Trotz solcher neuer Migrationsgrenzen und der Vereinbarung von Übergangsfristen bis zur Gewähr-

ung voller Freizügigkeit für die neuen Mitgliedsstaaten wächst die Angst. Die Verbreitung von Horrorvisionen ist aber sachlich nicht begründbar und deshalb publizistisch verantwortungslos. Es gibt erkennbare demographische und wirtschaftliche Angleichungstendenzen, die Migrationsprozesse schon mittelfristig in Grenzen halten dürften. Die maximal immerhin siebenjährigen Übergangsfristen werden als flexible Schutzschilde vor nationalen Arbeitsmärkten ein überriges tun. Das nach der Osterweiterung zu erwartende Wanderungsaufkommen mag im Blick auf den derzeitigen EU-Gesamtraum auf einer Zeitachse von etwa zehn Jahren nach Schätzungen durchaus überschaubar erscheinen: Was bedeuten schon, und zwar ohne Übergangsfristen, einige Millionen zusätzliche Ost-West-Zuwanderer, zum Teil nur auf Zeit, für ganz Europa in zehn Jahren – abzüglich derer, die ohnehin schon illegal anwesend sind?

Aber das ist nur die halbe Wahrheit; denn potenzielle Zuwandererzahlen erscheinen durchaus belangvoll, wenn man bedenkt, dass die einzelnen Staaten West- und insbesondere Mitteleuropas ganz unterschiedlich betroffen sein



Prof. Dr. Klaus J. Bade
ist Direktor des
Osnabrücker Instituts
für Migrationsforschung
und Interkulturelle
Studien (IMIS), in
diesem Jahr erschien
„Europa in Bewegung“

könnten, wie die Demographen Faßmann und Münz im „Migrationsreport 2000“ abschätzen: Deutschland zu mehr als einem Drittel (circa 37 Prozent), Österreich zu rund einem Viertel (24,4 Prozent), die Schweiz nur noch zu 9,1, gefolgt von Großbritannien (6,4), Frankreich (4,1) und anderen europäischen Staaten mit noch niedriger liegenden Umfrageergebnissen. Kein Wunder also, dass sich zum Beispiel viele Franzosen, trotz allen Lärms der Front National, im Blick auf die Osterweiterung mehr Sorgen um die Agrarsubventionen machen als um Fragen der Zuwanderung.

In Deutschland ist das anders, gerade wegen der absehbaren Unterschiede in der Betroffenheit. Die gelten aber auch in Deutschland selbst – von Betrieben und Arbeitsmärkten in grenznahen Räumen über ganze Branchen mit aktuellen Beschäftigungsproblemen wie zum Beispiel die Bauindustrie bis hin zu den spezifischen Problemen von unzureichend qualifizierten Anziehungswiese Ungelernten: Sie können am ehesten Opfer von Verdrängungskonkurrenz am Arbeitsmarkt werden; denn ausländische Arbeitswanderer und Einwanderer

sind oft bereit, auch harte Arbeitsbedingungen zu mitunter sogar mäßigem Lohn zu akzeptieren. Arbeitswanderer wollen so möglichst rasch die erstrebten Ersparnisse für den Lohngeldtransfer ins Herkunftsgebiet zusammenbringen. Einwanderer hoffen auf diesem Weg im Einwanderungsland selbst voranzukommen, auch wenn sie erst einmal unterhalb der eigenen Qualifikationsebene beginnen müssen.

Viele migratorische Ängste vor der EU-Erweiterung haben freilich auch mit dem lange notorischen Mangel an Transparenz in Migrations- und Integrationsfragen zu tun. Er hat seine Ursache in dem bis in die neunziger Jahre betriebenen politischen Versteckspiel mit der Wirklichkeit in dem widerwilligen Einwanderungsland namens Deutschland – in der Mitte Europas. Das neue Zuwanderungsgesetz kann hier wesentlich zur pragmatischen Entkrampfung beitragen: durch transparentere Handlungsfelder und Abläufe in der Migrationsverwaltung, durch die Formulierung von Integration als gesetzlichem Auftrag für eine geregelte – das heißt bei Migrationsdruck immer auch begrenzte – und in ihrem beruflich-sozialen Profil aktiv gestaltete Zuwanderung nach Deutschland.

An dieser Stelle lädt die WELT täglich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ein, ihren Standpunkt zu vertreten.